

Agenda 2020 ist auf dem richtigen Weg

Die Regierungsvertreter aus Liechtenstein, Vorarlberg, Graubünden und St. Gallen betonten gestern die gute Zusammenarbeit. Diskussionsbedarf gibt es vor allem im Bereich Verkehr und bei der künftigen Spitalpolitik.

Von Angela Hüppi

Vaduz. – Der Internationale Liechtensteiner Presseclub (LPC) lud gestern Regierungsvertreter aus den umliegenden Ländern und Kantonen in den Vaduzer Saal ein, um über die gemeinsamen Herausforderungen und Zielsetzungen der nächsten Jahre zu diskutieren. Ausgangspunkt war die Agenda 2020, welche die liechtensteinische Regierung im Oktober 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte. Dieses Arbeitspapier, welches die Ziele der Regierung bis 2020 festhält, betrifft aber nicht nur das Land selbst. Denn viele Handlungsfelder gelten für die gesamte Region und müssen daher gemeinsam angepackt werden.

Von der Planung zur Umsetzung

Dass Regierungen strategische Ziele festlegen, sei an sich selbstverständlich, sagte Peter Eisenhut, Verfasser des ersten Monitoringberichts der Agenda 2020, in seinem einleitenden Referat. Die liechtensteinische Agenda 2020 weise aber einige Besonderheiten auf. So sprengt sie zum Beispiel die Legislaturperiode und hat sich von den Wahlzyklen gelöst. Diese längerfristige Perspektive soll die Stabilität des Landes erhöhen und wichtige Ziele, auch über parteipolitische Interessen hinaus, festlegen.

Ausserdem sorgt die Regierung dafür, dass die Umsetzung der gesetzten Ziele extern überwacht wird. «Papier ist ausserordentlich geduldig», sagte Eisenhut. Ziele seien daher rasch gesetzt, meistens hapere es aber in der Umsetzung: «Wir sind zwar Planungsriesen, aber Umsetzungszwerge.» Durch einen externen Expertenrat und den Liechtenstein-Dialog werde die Agenda 2020 aber von aussen kontrolliert: Anhand von 40 Indikatoren wird überprüft, ob die einge-



Diskutierten über die Agenda 2020: Moderator Urs Leuthard, Peter Eisenhut, Verfasser des ersten Monitoringberichts, Willi Haag, Regierungsrat Kanton St. Gallen, Barbara Janom Steiner, Regierungspräsidentin Kanton Graubünden, Regierungschef Klaus Tschüscher, Siegmund Stermer, Landesrat Vorarlberg, und LPC-Präsident Peter Rutz (v. l.).

Bilder Urs Bärlocher

leiteten Massnahmen auch erfolgreich waren. Ein weiterer Vorteil der Agenda 2020, so Eisenhut, sei die Einbeziehung der beteiligten Akteure und der Landesverwaltung in deren Umsetzung.

Die Betroffenen können sich zu den geplanten Massnahmen äussern und selbst Handlungsfelder vorschlagen. Dies sei äusserst wichtig, um eine breite Unterstützung und die nötige Schubkraft für die Agenda zu erhalten. Trotz aller Vorzüge der Agenda 2020 warnte Eisenhut: «Sie ist keine Wunderwaffe, kein Allheilmittel.» Letztlich würden vor allem die Bürger in ihrer Funktion als Geschäftsführer, Mitarbeiter, Beamte oder auch Politi-

ker dazu beitragen, dass deren Ziele umgesetzt werden.

Wie weiter mit dem Landesspital?

In der anschliessenden Podiumsdiskussion betonten die Regierungsvertreter von Liechtenstein, Vorarlberg, St. Gallen und Graubünden ihre hervorragende Zusammenarbeit. Da man meist vor ähnlichen Problemen stehe, müsse man zusammenarbeiten, um diese zu lösen. Und das funktioniere in den meisten Fällen sehr gut. Eines der wichtigsten Themen, welches in Zukunft behandelt werden muss, ist der Verkehr. «Dass es morgens aufgrund des Pendlerverkehrs nach Liechtenstein zu einem

Rückstau auf der Autobahn kommt, darf nicht sein», sagte der St. Galler Regierungsrat Willi Haag. Hier seien bauliche Massnahmen dringend notwendig.

Auch die Kooperation der Spitäler in der Region beschäftigt die Regierungen. Regierungschef Klaus Tschüscher zeigte sich überzeugt, dass das Landesspital Vaduz in einer Konkurrenzstrategie nicht überleben könne. Zudem stelle sich die Frage, ob die Notfall- und die Geburtsstation weiter betrieben werden sollen, obwohl man sich eigentlich bewusst sei, dass der Betrieb sehr viel kostet, während die notwendige Qualität nicht aufrechterhalten werden kön-

ne. Die Regierungsvertreter von Graubünden und St. Gallen zeigten sich grundsätzlich an einer Kooperation interessiert. Denn die Zusammenarbeit mit einem weiteren Spital fördert den eigenen Standort.

Barbara Janom Steiner, Regierungspräsidentin des Kantons Graubünden, gab zu Bedenken: «Das Liechtensteiner Volk hat jetzt die einmalige Gelegenheit, sich zu entscheiden, was es will.» Man könne sich auf eine regionale Nische konzentrieren und diese abdecken oder sich für eine weitreichende Grundversorgung entscheiden. Im letzteren Fall müsse man aber auch dazu bereit sein, die entsprechend hohen Kosten zu tragen.



Zog eine gute Zwischenbilanz: Peter Eisenhut, Verfasser des Monitoringberichts.



Angeregte Diskussion: Durch das Podiumsgespräch führte Urs Leuthard, Redaktionsleiter der Schweizer Tagesschau (r.).



Zeit für Gespräche: Beim Apéro konnten sich die Besucher austauschen.



Interesse bekundet: Trotz Abstimmungssonntag liessen sich viele Zuhörer den Anlass nicht entgehen.